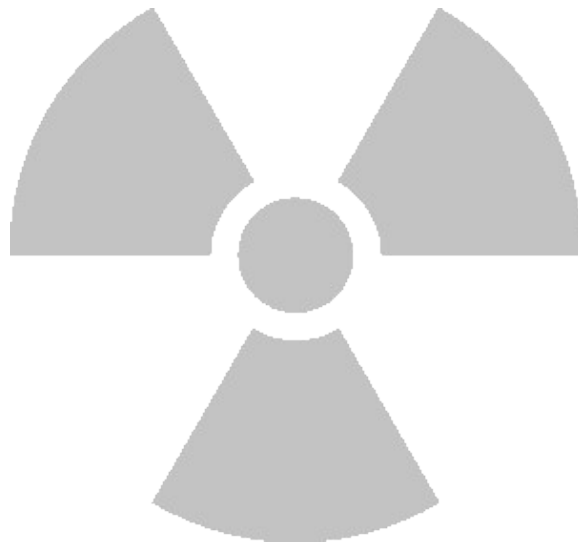


Atomare Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland

Hausarbeit von Steffen Vogel
Geschichte 13/1, Frau Gerberding

Justus-Liebig-Schule Darmstadt

23. Dezember 2008



Abstract

Die folgende Hausarbeit fasst Vergangenheit, Meinungen und Verträge zur atomaren Bewaffnung Deutschlands zusammen. Nach einem kurzen Rückblick auf die Anfänge der nuklearer Waffen im Nationalsozialismus, wird unter dem Gesichtspunkt des NATO-Beitritts die deutsche Wiederbewaffnung und die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen durch die Nukleare Teilhabe vorgestellt. Aktuelle und vergangene Widerstandsbewegungen sind Thema des dritten Abschnitts der Hausarbeit. Abschließend werden noch die Verpflichtungen und Zusicherungen der Bundesrepublik vorgestellt. Der Atomwaffensperrvertrag, der Kernwaffenteststopp-Vertrag sowie die Nuklearwaffenkonvention binden Deutschland an internationales Recht.

Inhaltsverzeichnis

1 Einführung	3
2 Nationalsozialismus	3
3 Nach dem Krieg	4
4 Nuklearen Teilhabe	6
5 Außerparlamentarische Opposition	6
5.1 Göttinger Achtzehn	7
5.2 Öffentliche Meinung	7
5.3 Darmstädter Signal	8
5.4 Ostermärsche	8
6 Verträge	8
6.1 Atomwaffensperrvertrag	8
6.2 Kernwaffenteststopp-Vertrag	9
6.3 Nuklearwaffenkonvention	9
7 Fazit	10
8 Literaturverzeichnis	11
9 Abbildungen	12-13

1. Einführung

Die Atomare Bewaffnung Deutschlands ist weiterhin ein heiß diskutiertes und aktuelles Thema. Jährliche Demonstrationen und Aktionen von Friedensorganisationen zeigen uns immer noch die Aktualität und Brisanz dieses Themas. Ihren Höhepunkt erreichte die Diskussion aber bereits um 1957 nach dem Eintritt Deutschlands in die NATO. Die damals geplante Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen stieß auf breite Kritik in der Öffentlichkeit.

Die weit verbreitete Angst vor nuklearen Waffen zeigt sich noch heute bei den Castor Transporten, die von Protesten der Gegner begleitet werden.

Auch wenn heute der Einsatz von atomaren Waffen eher unwahrscheinlich scheint, bleibt die Angst bestehen. Die Möglichkeit eines Unfalls während der Lagerung oder der Missbrauch durch Terroristen ist vorhanden.

Die Ängste der Gegner sind durchaus berechtigt. Ein Studie des US-Verteidigungsministeriums offenbarte im Februar 2008 akute Sicherheitsmängel in deutschen Atomwaffenlagern.¹

2. Nationalsozialismus

Auslöser aller Diskussionen zur atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland war 1938 die Entdeckung der Kernspaltung durch Otto Hahn und Fritz Straßmann. Obwohl diese Entdeckung auch zur Energiegewinnung hätte genutzt werden können, wurde im Hinblick auf den zweiten Weltkrieg im Frühjahr 1939 vornehmlich an der militärischen Nutzung geforscht. Dazu wurde 1939 Uranprojekt gegründet. Einsatzfähig waren die ersten Atombomben jedoch erst nach dem zweiten Weltkrieg.²

Auch Amerika und die Sowjetunion hatten diese Entwicklung aufmerksam beobachtet und schnell ihren militärischen Nutzen erkannt. Auch aus Angst gegenüber Deutschland starteten beide Staaten ihr eigenes Forschungsprogramm.

Das Manhattan-Projekt der Amerikaner konnte mit der ersten gezündeten Atombombe „Trinity“ (Abbildung 2) 1945 große Erfolge verzeichnen.

Die Sowjetunion reagierte auf das deutsche Uranprojekt ebenfalls. 1949 gelang es ihr die erste Atombombe erfolgreich zu zünden.

Das Uranprojekt, oder auch Uranverein genannt, ist ein Überbegriff für Forschungsprojekte zur Kernspaltung während des zweiten Weltkrieges in Deutschland. Ziel war es die Erkenntnisse der

¹ Szandar, Alexander: Sicherheitsmängel in europäischen Atomwaffenlagern, Spiegel Online, 20.6.2008 (<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,561102,00.html>)

² Karlsch, Rainer: Hitlers Bombe, S. 27ff

Kernspaltung technisch nutzen zu können. Unter anderem sollte sein Kernreaktor gebaut werden. Unterstützt wurde das Projekt durch das HWA³, welches die gewonnenen Forschungsergebnisse für militärische Zwecke nutzen wollte.

Die Forscher des Uranprojekts hatten es jedoch deutlich schwerer als ihre amerikanischen Kollegen. Ihnen fehlten nötige Einrichtungen wie Reaktoren zur Spaltstoffgewinnung und Anlagen zur Uranisotopentrennung um eine Kernspaltungsbombe bauen zu können.⁴ Dadurch kam die Forschung deutlich schleppender voran als in den USA.

Im nationalsozialistischen Deutschland sprach man damals nur von einer Kernspaltungsbombe oder Uranbombe. Diese bestand aufgrund der mangelnden Möglichkeit Uranisotope herzustellen nur aus einem geringen Anteil nuklearem Material und mehr konventionellem Sprengstoff. Diese hybride Zusammensetzung besitzt eine geringere Sprengkraft als die Trinity-Bombe, einer reinen Atombombe, der Amerikaner.

Ab 1943/44 setzte man daher auf neue Methoden um die für Wasserstoffbomben nötige Zündtemperatur zu erreichen. Auch diese Versuche für Bau einer thermonukleare Fusions-Bombe blieben bis zum Kriegsende erfolglos.

Zwei Kernwaffentests auf der Insel Rügen (1944) und bei Ohrdruf in Thüringen (März 1945) zeigten die enorme Sprengkraft einer hybriden⁵ Bombe und deren möglichen Einsatz im Krieg.

Als 1942 absehbar wurde, dass die deutsche Atombombe keinen Einsatz mehr im Krieg finden würde, wurde die Forschung im Rahmen des Uranprojekts aufgegeben. Das HWA zog sich aus dem Projekt zurück.

3. Nach dem Krieg?

Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges wurde Deutschland die „kernphysikalische Forschung“ von den Alliierten untersagt. Dieses Verbot hatte jedoch nur kurzen Bestand und wurde Mitte der fünfziger Jahre wieder aufgehoben. Die zivile Forschung war nun wieder erlaubt. Bereits anfangs der fünfziger erschienen sogar schon erste Publikationen zu hybriden Kernwaffen und Details der Wasserstoffbombe. Die militärische Forschung blieb trotzdem weiterhin verboten.⁶

Die erste Bundesregierung nach dem Krieg, eine Koalition aus CDU/CSU, FDP und DP⁷, strebte mit dem damalige Bundeskanzler Konrad Adenauer die völlige Wiederherstellung der Souveränität Deutschlands an. Diese konnte Deutschland nur durch den Eintritt in ein Bündnis, die NATO,

3 Herreswaffenamt

4 Karlsch, Rainer: Für und Wider „Hitlers Bombe“, Vorwort S. 7

5 Kombination aus nuklearem Material und herkömmlichem Sprengstoff

6 Petermann, Heiko: Mininukes – Geheimpatente und Hintergründe in der BRD, S. 327

7 Deutsche Partei

erlangen.

Der Eintritt Deutschlands in die NATO 1955 erforderte die Aufstellung einer Bundeswehr unter dem Oberbefehl der NATO.

Diese sollte um das Entstehen von Zonen unterschiedlicher Sicherheit in der NATO zu vermeiden auch mit einem nuklearen Potential ausgerüstet werden. Das Entstehen von Schwachstellen innerhalb der NATO wollte man dadurch vermeiden. Im Gegensatz zu Frankreich und England gab es in Deutschland nur wenig Zustimmung zu diesem Vorhaben. Deutsche Stimmen forderten die USA auf das nukleare Potential innerhalb der NATO zu waren und die konventionelle Verteidigung den europäischen Mitgliedsstaaten zu überlassen. Begründet wurden diese Forderung durch die zu hohen Unterhaltungskosten von nuklearen Waffen und einer konventionellen Verteidigung. Ein Aufteilen dieser Kosten auf verschiedenen Partner innerhalb des Bündnisses wäre ökonomisch sinnvoller.⁸

Der Bundeskanzler Konrad Adenauer und Franz Joseph Strauß sprachen sich dagegen für deutsche Atombomben aus und unterstützten dieses Vorhaben durch ein gemeinsames Forschungsprogramm mit Frankreich und Italien. Mit der Amtseinführung des französischen Präsidenten Charles de Gaulles löste sich das Projekt jedoch wieder auf. Frankreich beschloss sein eigenes Atomprogramm zu starten. In der Bevölkerung stieß Adenauer auf breite Ablehnung. Er musste die Bevölkerung beschwichtigen indem er die Atomwaffen als schwache Artillerie deklassierte:

„[Atomwaffen sind] im Grunde nichts weiter als die Weiterentwicklung der Artillerie.

Selbstverständlich können wir nicht darauf verzichten, dass unsere Truppen auch in der normalen Bewaffnung die neueste Entwicklung mitmachen.“ (4. April 1957, Konrad Adenauer)

Strauß, der von von 1955 bis 1956 Bundesminister für Atomfragen war und ab 1957 Adenauer als Verteidigungsminister zu Seite stand, folgte der Richtung des Kanzlers, sah aber unter anderem auch die Möglichkeiten der zivile Nutzung:

„Wenn wir unseren 10- bis 15jährigen Rückstand nicht sehr rasch aufholen, werden wir wahrscheinlich darauf verzichten müssen, in Zukunft zu den führenden Nationen gezählt zu werden.“ (Franz Joseph Strauß)⁹

Er setzte sich folglich für den Bau von Atomkraftwerken und die zivile Forschung ein.

⁸ Tuschhoff, Christian: Deutschland, Kernwaffen und die NATO 1949-1967, S. 44

⁹ Die Chronik Bayerns, Chronik Verlag, 3. Auflage, 1994, S. 531

4. Nukleare Teilhabe

Die nukleare Teilhabe ermöglicht es Mitgliedstaaten der NATO, die keine eigenen Atomwaffen besitzen, mit in die Planung und den Einsatz von Atomwaffen durch die NATO einbezogen zu werden. Die Nukleare Teilhabe ist ein Konzept der Abschreckungspolitik der NATO. Konrad Adenauer setzte sich Stationierung taktischer US-Atomwaffen in Deutschland ein. Im Dezember 1957 bot die USA Deutschland schließlich die Stationierung amerikanischer Atomwaffen im eigenen Land an. Im März 1958 wurde dieses Angebot durch den Bundestag mit Verweis auf den deutschen Wehrbeitrag zur NATO akzeptiert. Erste Kernwaffen wurden bereits 1955 von der USA in Deutschland deponiert. Die deutsche Öffentlichkeit wurde darüber erst zwei Jahre später in Kenntnis gesetzt.

Wegen den hohen Lagerkosten und den hohen Sicherheitsstandards wurden mittlerweile wieder einige Waffen abgezogen. Dennoch lagern in Deutschland ca. 30 einsatzfähige Atomwaffen der USA. Diese Waffen stehen unter der Kontrolle des US Präsidenten, werden aber im Einsatz auch von deutschen Soldaten ins Ziel geflogen.¹⁰

Regelmäßig sind die heutigen Lagerorte Schauplätze für Demonstrationen der Atomwaffengegnern (Abbildung 3). Bekannte Depots sind die Ramstein Air Base, der Fliegerhorst Nörvenich und der Fliegerhorst Büchel (Abbildung 4), der als einziger heute noch ca. 20 aktive Atomwaffen lagert. Insgesamt verfügt die Bundesrepublik Deutschland so über eine Lagerkapazität 308 nuklearen Sprengköpfen¹¹ und war damit während des kalten Krieges zeitweise der Staat mit der höchsten Atomwaffendichte. Bestätigte bzw. genauere Zahlen oder andere Lagerorte sind durch die USA nie bekannt gegeben worden.¹²

Auch von seitens Frankreich gab es schon mehrmals das Angebot französische Kernwaffen in Deutschland zu positionieren. Dies lehnte die Bundesregierung jedoch ab.

5. Außerparlamentarische Opposition

Seit dem zweiten Weltkrieg gab es immer wieder aufflammende Diskussionen zu einer deutschen Bewaffnung mit Atombomben. Zum Höhepunkt der Diskussionen kam es am 4. April 1957 mit der Erklärung Adenauers in einem Interview sich im Zuge des NATO-Eintritts für die Ausrüstung der deutschen Bundeswehr mit Atomwaffen einzusetzen. Vorausgehend wurde auch um die deutsche „Remilitarisierung“ gestritten. Die Aktionen gegen Atomwaffen in Deutschland ähneln sich sehr mit denen gegen eine deutsche Wiederbewaffnung. Teilweise können sie sogar als Kopien

¹⁰ Vgl. Kristensen, Hans M.: U.S. Nuclear Weapons in Europe, S. 55

¹¹ Vgl. ebd., S. 13

¹² Vgl. ebd., S. 8-9

angesehen werden.¹³

Die SPD als größte oppositionelle Partei des Bundestages sprach sich anfangs klar gegen eine Ausrüstung. Nach den ersten Kampfhandlungen in Korea machte man Zugeständnisse und entschied sich unter bestimmten Umständen für einen westdeutschen Verteidigungsbeitrag. Unter anderem äußerte die SPD Bedenken, dass eine militärische Integration Deutschlands in den Westblock eine Wiedervereinigung unmöglich machen würde.

Schnell entwickelte sich eine große „außerparlamentarische Opposition“.¹⁴ SPD, FDP, die evangelische Kirche, der deutsche Gewerkschaftsbund, zahlreiche Friedensorganisationen und Wissenschaftler sprachen sich gegen die von Adenauer geforderte Ausrüstung.

5.1 Göttinger Achtzehn

Die Göttinger Achtzehn waren eine Gruppe aus achtzehn deutschen Atomforschern, die sich 1957 gegen die von Bundeskanzler Adenauer und Verteidigungsminister Strauß angestrebte Ausrüstung der Bundesrepublik Deutschland mit Atomwaffen richtete. Sie verfassten ihre Göttinger Erklärung direkt nach dem Interview Adenauers am 4. April 1957. Einige der Wissenschaftler waren schon vorher im Uranprojekt beteiligt gewesen. Mit ihrer öffentlichen Erklärung erlangten sie mehr Aufsehen in der Gesellschaft als die kurz vorher veröffentlichten Stellungnahmen von SPD und FDP.¹⁵

Unterstützt wurden die Göttinger Achtzehn unter anderem durch das Komitee „Kampf dem Atomtod“ der SPD, das auch vom Deutschen Gewerkschaftsbund unterstützt wurde, sowie von weiteren Wissenschaftlern und Studenten.

5.2 Öffentliche Meinung

Nach dem zweiten Weltkrieg lehnte der Großteil der deutschen Bevölkerung eine Wiederbewaffnung ab. Damit ist nicht nur die nukleare Bewaffnung gemeint. Auch der Aufbau der Bundeswehr für herkömmliche Einsätze wurde von vielen nicht unterstützt. Der Schock der vergangenen Jahre und das Verständnis der kollektiven Schuld aller Deutschen am zweiten Weltkrieg waren Gründe dafür. Die Wehrbereitschaft der Deutschen war sehr gering. So mussten beispielsweise die ersten Jahrgänge der Bundeswehr noch aus Angestellten des Bundesgrenzschutzes (BGS) besetzt werden.¹⁶

¹³ Vgl. Rupp, Hans Karl: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, S. 45

¹⁴ Vgl. ebd., S. 44

¹⁵ Vgl. ebd., S. 73

¹⁶ Vgl. ebd., S. 45

5.3 Darmstädter Signal

Der Arbeitskreis Darmstädter Signal ist ein Zusammenschluss aus aktiven und ehemaligen Offizieren der Bundeswehr. Mit ihrem Hauptziel, die Nachrüstung mit Atomwaffen zu verhindern und sich für Abbau aller vorhandenen Massenvernichtungswaffen einzusetzen, sind sie die einzige kritische Bewegung aus den Reihen der Bundeswehr.

Mit einem friedenspolitischen Ausruf, ihrem „Darmstädter Signal“, gründeten im September 1983 20 Offiziere den Ak DS.

Neben dem Ak DS gibt es noch einige weitere regionale und überregionale Friedensorganisationen, die sich gegen Atomwaffen in Deutschland einsetzten. Genannt seien noch die Deutsche Friedensgesellschaft e. V., der Verband Internationaler Kriegsdienstgegner und die deutsche Gruppe des Internationalen Versöhnungsbundes.¹⁷

Durch den regionalen Bezug habe ich hier den Ak DS als Beispiel ausgewählt.

5.4 Ostermärsche

Jährlich kommt es um die Osterzeit in viele westeuropäischen Städten zu traditionellen Protestmärschen gegen die atomare Aufrüstung. Der erste dieser Ostermärsche fand 1958 in London statt und wurde von der Campaign of Nuclear Disarmament (CND; Abbildung 1) organisiert. Der erste Ostermarsch in Deutschland fand im Jahr 1960 in Norddeutschland statt. Seitdem steigt die Zahl der Protestanten stetig. Innerhalb von acht Jahren stieg die Teilnehmerzahl auf über 300000 Personen.

6. Verträge

Obwohl Bundesrepublik keine Atommacht ist, hat sie seit ihrem Bestehen einige Verträge zur Abrüstung nuklearer Waffen unterschrieben und unterstützt. Sie geht hiermit als Vorbild für viele andere Staaten voran.

6.1 Atomwaffensperrvertrag

Am 28. November 1969 unterzeichnete die Bundesrepublik Deutschland den Atomwaffensperrvertrag¹⁸. Mit ihm verpflichtet sie sich keine Atomwaffen herzustellen oder zu erwerben und die globale atomare Abrüstung zu unterstützen. Außerdem darf sie keinen anderen Staaten den Zugang zu Atomwaffen, zum Beispiel durch Forschungsergebnisse, ermöglichen. Um

¹⁷ Vgl. ebd., S. 54

¹⁸ engl. Nuclear Nonproliferation Treaty - NPT

das Einhalten des Vertrags zu gewährleisten, verpflichtet sich jeder Vertragsstaat den Sicherungskontrollen der Internationalen Atomenergie-Organisation nachzukommen.¹⁹

Der Atomwaffensperrvertrag ist der einzige gültige internationale Vertrag.

Erste Vertragsstaaten waren 1968 die USA, die Sowjetunion und England. Mittlerweile haben 188 den Vertrag unterschrieben.

Die friedlich, zivile Nutzung zur Energiegewinnung ist weiterhin gestattet.

6.2 Kernwaffenteststopp-Vertrag

Der Kernwaffenteststopp-Vertrag wurde von der Genfer Abrüstungskonferenz ausgearbeitet und im September 1996 von der UN-Generalversammlung angenommen. Nun steht die Unterzeichnung und Ratifizierung der Vertragsstaaten aus. Der Vertrag tritt erst in Kraft sobald alle 44 Staaten, die laut der IAEO²⁰ Atomenergieanlagen besitzen, den Vertrag ratifiziert haben. Da die USA 1999 die Ratifizierung im Senat abgelehnt hatte, ist mit einem Inkrafttreten des Vertrages in nächster Zeit nicht zu rechnen. Inhaltlich verbietet der Vertrag jegliche Art von Atomwaffentests. Also auch die von der USA ab 1951 unterirdisch durchgeführten Tests bzw. die Zündung im Weltall oder unter Wasser.

Deutschland ratifizierte den Vertrag 1998 zusammen mit Österreich.

6.3 Nuklearwaffenkonvention

Die Nuklearwaffenkonvention²¹ ist ein internationaler Vertragsentwurf zur vollständigen Abrüstung aller atomaren Waffen sowie deren Entwicklung, Test, Herstellung, Weitergabe und Lagerung. Der von verschiedenen Experten ausgearbeitete Entwurf besteht aus mehreren Phasen, die nach einander in Kraft treten.

Da es sich bislang nur um einen Entwurf handelt, gibt es noch keine Staaten die diesen Vertrag unterzeichnet haben.

Wie auch der Atomwaffensperrvertrag gestattet auch die Nuklearwaffenkonvention eine friedliche Nutzung der Atomenergie.

¹⁹ Häckel, Erwin: Die BRD und der Atomwaffensperrvertrag, Einleitung

²⁰ Internationale Atomenergieorganisation - IAEO

²¹ engl. Model Nuclear Weapons Convention - NWC

7. Fazit

Noch immer sind Atomwaffen der USA in Deutschland deponiert. Und immer wieder gibt es aufflammende Diskussionen um deren Abzug.²² Solange in Deutschland noch Atomwaffen lagern, werden diese Diskussionen nicht verstummen.

Zwei der drei hier vorgestellten Verträge sind noch nicht in Kraft getreten. Den Einsatz von Atomwaffen gilt es durch die Gefahr eines nuklearen Overkills auch zu vermeiden. Einige Staaten weigern sich dennoch ihre atomare Rüstung aufzugeben. Das Misstrauen zwischen den Atommächten ist in diesem Zusammenhang noch zu groß.

Obwohl Deutschland als Technologiestandort zweifelsohne die Voraussetzungen zum Bau von Atomwaffen besitzt, setzt sich die Bundesrepublik für die internationale Abrüstung ein. Alle drei Verträge wurden von der Bundesrepublik unterzeichnet, ratifiziert bzw. unterstützt.

Die Stationierung amerikanischer Atomwaffen im eigenen Land wurde Deutschland im Rahmen des NATO Beitritts nahe gelegt.

Meiner Meinung ist Deutschland auf einem guten Weg zum atomwaffenfreien Staat. Die USA sowie Russland bauen beide langsam ihre nuklearen Waffen ab. Nach dem kalten Krieg ist es nicht verwunderlich das diese Abrüstung nur langsam voranschreiten wird.

²² Opposition verlangt Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland, Spiegel Online, 26.6.2008
(<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,561306,00.html>)

8. Literaturverzeichnis

Arbeitskreis Darmstädter Signal, Wer wir sind und wie wir entstanden,
<http://www.darmstaedter-signal.de/werwir.php>

Häckel, Erwin: Die Bundesrepublik Deutschland und der Atomwaffensperrvertrag. Rückblick und Ausblick, Arbeitspapiere zur Internationalen Politik, Band 53, Bonn April 1998

Karlsch, Rainer: Hitlers Bombe. Die geheime Geschichte der deutschen Kernwaffenversuche, München 2005

Karlsch, Rainer & Petermann, Heiko: Für und Wider „Hitlers Bombe“. Studien zur Atomforschung in Deutschland, Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt, Band 29, Münster 2007

Kötter, Wolfgang: Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und internationale Sicherheit, Online Publikation, <http://www.uni-muenster.de/PeaCon/wuf/wf-90/9020801m.htm>

Kristensen, Hans M.: U.S. Nuclear Weapons in Europe. A Review of Post-Cold War Policy, Force Levels, and War Planning, Natural Resources Defense Council, Washington D.C. Februar 2005

Nassauer, Otfried: Atomwaffenstandort Büchel, Online Publikation,
<http://www.bits.de/public/stichwort/buechel.htm>

Rupp, Hans Karl: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer: Der Kampf gegen die Atombewaffnung in den fünfziger Jahren, Köln 1970

Tuschhoff, Christian: Deutschland, Kernwaffen und die NATO 1949-1967, Zum Zusammenhalt von und friedlichem Wandel in Bündnissen, Nuclear History Program (NHP), Baden-Baden 2002

Alle Quellen und Abbildungen aus dem Internet wurden am 10.1.2009 abgerufen.

9. Abbildungen

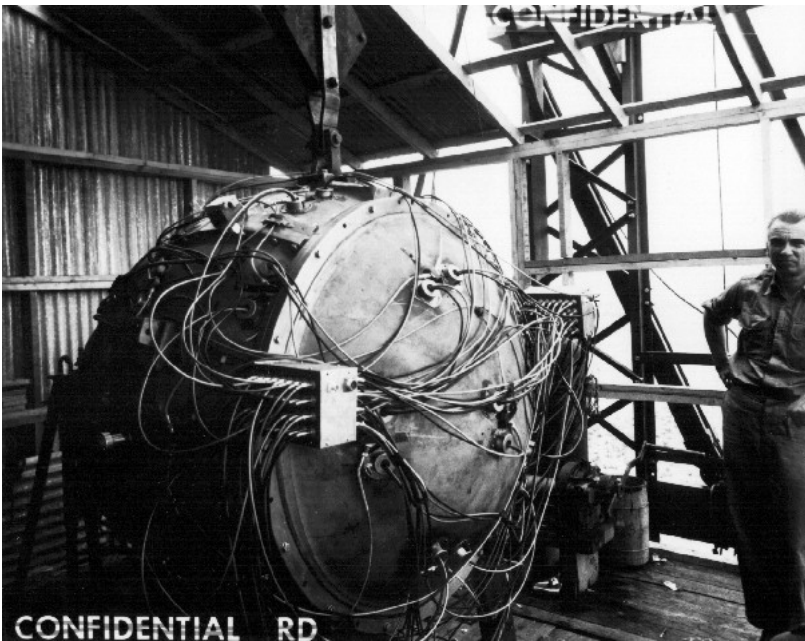


Abbildung 1: Die erste Atombombe: Trinity-Bombe des Manhattan Projekts der USA
(http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Trinity_Gadget.jpg)



Abbildung 2: Friedenssymbol der Campaign for Nuclear Disarmament
(http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Peace_symbol.svg)



Abbildung 3: Demonstranten am Atomwaffenstandort Büchel
(http://commons.wikimedia.org/wiki/Image:Unsere_Zukunft_Atomwaffenfrei_-_Demo_Büchel_2008-2.jpg)



*Abbildung 4: Luftbildaufnahme des Fliegerhorst Büchel
Erkennbar sind die weißen Luftschutzhangars (Protective Aircraft Shelter)
(http://commons.wikimedia.org/wiki/Image:Büchel_Fliegerhorst.jpg)*



*Abbildung 5: versenkbare Lagerungsvorrichtung für Atomwaffen
(Nuclear Weapons Storage Vault) in einem Luftschutz Hangar
(Protective Aircraft Shelter) im Fliegerhorst Büchel
(<http://www.bits.de/public/pressreleases/pr290501e.htm>)*